

Folge folgt Italien, das schon vor 1911 mit der „friedlichen Umwandlung“ dieses Stils der östlichen Adriatische begonnen hatte und im schließlichen Kampf mehr denn je von einer Ausdehnungspolitik auf dem Balkan beizieht. Wirtschaftlich hat es bereits feste Stellungen bezogen, denn außer 5.000 Hektar Petroleumgeländes nennt es Koncessionen für Kupfer, Kohle und Zinn, die sich einzeln und bucht vor allem mit der umlangt vollzogenen Gründung der Albanischen Staatsbank, des ersten Finanzinstituts im Lande, einen großen Erfolg: 54, vielleicht gar 79 Prozent des 12,6 Millionen Goldmark betragenden Aktienkapitals sind in italienischen Händen! Do England wie Italien unter den kleinen und großen Nachbarn Albanien ihre Schutzbesatzungen und Vernehmungen haben und die Auslandsmächte Tüskern und Griechenland sich nicht minder an dem Wettbewerb um wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Albanien beteiligen, so stellt das Land in einem Neben internationaler Begreiflichkeiten und Mänke, und jede innere Umwälzung, von heute auf morgen möglich, ihre Rückwirkung auf die auswärtsigen Beziehungen aufweisen.

Daraus kann eines Tages ein gewaltiges Unheil entstehen. Albanien, so abgelegen und isoliert es sein mag, ist die wirtschaftliche und politische Brücke, vielleicht unseres Erdteils überhaupt.

Kampf erfordert Munition!

Mehr als 300 000 Einzeichnungslisten, über 22 Millionen Broschüren und 850 000 Plakate sind von der Sozialdemokratischen Partei für das Volksbegehren bereits zur Verfügung gestellt worden.

Was gibst Du zum Kampf gegen die schamlosen Fürstenforderungen?

geht und ihm das Angebot gemacht hat, dem Dichter Gabriele d'Annunzio ein großes Gut zu schenken, das sich im Besitz des in Südtirol gelegenen Pringen befindet.

Ein Berliner Morgenblatt bemerkt zu dem fast ungläublichen Vorgang, das Beispiel, das der für Russland und Byzanz begeisterte deutsche Prinz gegeben hat, recht sehr übrigens würdig dem Verhalten anderer deutscher prinzipieller Mitglieder des Adels, die sich nach dem Kriege den geänderten nationalen und Grundverhältnissen mit Verachtung aller deutschen Tradition angeschlossen und damit das Wort vom „blauen Internationalen des Adels“ bewähren. Man denke nur an die Fürsten Bloch und die Grafen Lippendorff in Oberbayern, die Volkspolitiker geworden sind.

Die deutschen und die französischen Delegierten der Konferenz bringen in der Resolution u. a. nach ihren Willen zum Ausdruck, für den raschen Abschluß eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages einzutreten. Die Sozialistische Internationale zur Kenntnisnahme überhandelt. Außerdem wurde beschlossen, eine großzügige Prüfung der Wirtschaftsfragen bei dem Sekretariat der I. S. I. anzusetzen, und zu der hierzu notwendigen Konferenz auch andere sozialistische Parteien Europas einzuladen.

Vor Aussperrung einer halben Million

S. London, 1. März. (Eig. Bericht.) Eine außerordentlich ernste Situation, die zu einer Aussperrung von einer halben Million Arbeiter zu führen droht, ist in der britischen Maschinenbauindustrie entstanden. Der Verband der Maschinenbau-Unternehmer hat beschlossen, am kommenden Freitag die Aussperrung sämtlicher in der britischen Maschinenbauindustrie tätigen Arbeiter zum 15. März zu verhängen, falls bis zum 5. März der inoffizielle Streik, der in den Werken der Firma H. Goe u. Co. ausgebrochen ist, nicht beendet ist. Die besonderen Umstände dieses Falles machen es für die offiziellen Führer der betroffenen kleinen Gewerkschaften, denen die 900 Arbeiter von Goe angehören, schwierig, einen Abbruch des Streiks von der Belegschaft zu fordern. Abgesehen von der Sympathie, die sich die Forderung der Arbeiter nach Entfernung der nicht-organisierten Betriebsangehörigen bei der offiziellen Gewerkschaftsführung erfreut, steht die Forderung nach einer Lohnerhöhung durchaus in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der Gewerkschaften des Maschinenbaus. Die ist aufgrund der glänzenden Geschäftslage der betreffenden Firma auch durchaus begründet. — Die Möglichkeiten einer friedlichen Regelung sind bisher noch nicht erschöpft.

Der Wegfall der Eruzsteuer

Dr. Reinhold in Leipzig — Die Umsatzsteuer unentbehrlich

Berlin, 2. März. (Eigener Ausdruck.) Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat sich, wie er in Leipzig aus Anlaß der Frühjahrsreise bekannt gab, entschieden, an seinem ursprünglich gefassten Entschlusse festzuhalten, die Umsatzsteuer völlig zu lassen. Die Verwirklichung soll bereits zum 1. April ab erfolgen. Dagegen erklärte der Minister, daß Deutschland auf die Umsatzsteuer nicht verzichten könne, solange die Kosten aus dem Dawesabkommen nicht vermindert seien. Die Umsatzsteuer in Höhe von 0,6 v. H., wie sie geplant sei, ergebe eine Einnahme von rund 1 Milliarde.

Es ist mindestens sehr bedauerlich, wenn der Herr Reichsfinanzminister schon jetzt verkündet, daß die Umsatzsteuer, solange das Dawesabkommen gilt, also auf absehbare Zeit, unentbehrlich sei. Scheut man sich, mit der gebührenden Energie den Forderungen des Notwendigen abzugeben, dann wird man allerdings ohne Umsatzsteuer nicht auskommen können.

Die Pensionäre der Republik

Am Haushaltsausgang des Reichstages gab es am Sonntag eine kurze Einmündung über einen Fonds von 350 000 M., der für Pensionen aller Art dem Reichspräsidenten zur Verfügung steht: 28 Millionen sind davon vorgesehen für Unterhaltungen an ehemalige Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen, die übrigen 700 000 M. für sonstige Zuwendungen.

Bei dem stapeltden Reichsfinanzminister entsand sich eine Aussprache über die Steuerentwürfe, die Steuermoral und die Aufkontrolle. Genosse Herz verlangt, daß nicht eine weitere Erhöhung der Abgaben von Buchprüfern als Beamte einzutritt, während Genosse Steinbock u. a. zur Sprache brachte, daß die Gehaltsfragen des Reiches nach vielfach bei der Reichsfinanzverwaltung fehlten. Staatssekretär Popitz bekräftigt, daß keine und schätzenswerte Maßnahmen der Steuerbehörden ein Grund für die Erregung der Wähler sein können, denn Verfall, wo es zu unbilligen Umständen käme, gehört zum Notgebiet.

Das Kommando der Reichsfinanzverwaltung sah für Neubau von Landesfinanzämtern, Finanzämtern, Zollämtern usw. 91 Millionen vor. Davon hatte der Staatsschatz bereits 11 Millionen gesehen. Der Haushaltsausschuß ging nun weiter und ersuchte die Reichsregierung, über eine Gehaltsausgabe von 7 Millionen für diese Neubauten nicht hinauszugehen. Außerdem wird die Reichsregierung ermahnt, dritte Stellen, die bei der Reichsabgabenverwaltung frei werden, nicht zu besetzen, sondern zur Verfügung des Haushaltsausschusses zu halten.

Ueber den allgemeinen Pensionsfonds berichtete Genosse Hoffmann. Die Pensionslast des Reiches beläuft sich für 1926 auf 1 556 455 696 M.; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 198,4 Millionen. Hierzu tritt eine Pensionslast von rund 400 Millionen bei der Eisenbahn und 200 Millionen bei der Post, so daß

die Gesamtpensionslast 2 156 000 000 M. beträgt. Der Voranschlag für 1924 wies lediglich eine Pensionslast von 145 Millionen aus, was 6 Prozent der damaligen Reichseinnahmen gleichkam, während jetzt die Pensionslast 42 Prozent der tatsächlichen Reicheinnahmen ausmacht. Eine Vergrößerung dieser Post sei, so bemerkte Genosse Hoffmann, bei den Arbeitsbeschäftigten und stragehinterbliebenen unmöglich. Dagegen sei eine Entlastung zu erreichen durch Wiederherstellung der Paritätsgewaltigen. Die Offiziersversorgung beanspruche 211 Millionen Mark; das sei eine auch politisch schwer tragbare Last. Die Durchschnittspension eines Offiziers beläuft sich auf 4748 M., die einer Offizierswitwe auf 2087 M. im Jahr, während die Durchschnittspension eines Stragehinterbliebenen auf 418 M. im Jahre beläufige ist. 1390 Offiziere beziehen eine Pension von über 6000 M. im Jahr; 30 573 Offiziere eine solche unter 6000 Mark. Die Sympathie für den Pensionsfonds sei erst recht nicht geschwächt, seit bekannt geworden sei, daß

17 fiktive Pensionsempfänger rund 90 000 Mark im Jahr beziehen. Die Sozialdemokratie, so kündigte Genosse Hoffmann an, behält sich vor, die Frage des Entgeltes der Pensionen und ihre Wirkung einer Prüfung zu unterziehen.

Eine längere Erörterung entspann sich über die Ehrenzulagen für Inhaber militärischer Orden und Ehrenzeichen, die dem Reich eine Ausgabe von 700 000 M. kosten. Von Sozialdemokratie er wurde betont, daß für das Reich kein Weg besteht, diese Kosten zu übernehmen. Die bürgerliche Mehrheit trat über für die Weitergewährung der Ehrenzulagen ein. — Damit war der Haushalt des Reichsfinanzministeriums erledigt. Am Montag beginnt die Behandlung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Deutsche Südkugelschente für Faschisten

D. Berlin, 1. März. (Eig. Bericht.) Aus Rom wird berichtet, daß eine für deutsche Faschisten bezeichnende Gesellschaft, die sich als ein von den Faschisten von Schindenburg-Teichengurg, also einem der nationalistischen Führer unter den nationalistischen Schweizern, der den Hauptquartier in Rom auf-

Internationale sozialistische Wirtschaftspolitik

F. Brüssel, 28. Februar. (Eig. Draht.) Die von den sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs und Deutschlands veranstaltete Wirtschaftskonferenz in Brüssel ist am Sonntagabend zu Ende gegangen. In der außerordentlich interessanten Debatte über die verschiedenen Probleme, die durch die Handelsvertragsverhandlungen zwischen den drei Ländern aufgeworfen worden sind, beteiligten sich vor allem Hilferding, Breichard und Robert Schmidt von deutscher Seite, de Broedert, Pilschding, Conzel und Grambach von französischer Seite, de Broedere und Gerard von belgischer Seite. Am Schluß der Beratungen wurde eine längere Entscheidung einstimmig angenommen, die von einer aus den Genossen, Broedere, Pilschding, Conzel und Grambach bestehenden Interkommission ausgearbeitet worden war und in der die Grundprinzipien für die Aktion der sozialistischen Parteien der betreffenden Länder auf diesem Gebiet festgelegt sind.

In der Einleitung dieser Entscheidung bringen die Delegierten der drei beteiligten Parteien die Uebersetzung zum Ausdruck, daß die juristische und politische Organisation des Friedens nicht genüge und nur die wirtschaftliche Organisation des Friedens diesem Dauer werden könne. Ein solcher Versuch von Handelsverträgen sei zur Sicherung und Festigung des politischen und wirtschaftlichen Friedens trotz allen noch bestehenden Schwierigkeiten unbedingt erforderlich. Die Entscheidung sieht u. a. die wesentlichen Vorbedingungen auf, die erfüllt werden müssen, damit die Handelsverträge auch einen der Allgemeinheit nützlichen Charakter haben.

Als Basis für die Handelsverträge fordert die Konferenz vor allem das Prinzip der Gleichberechtigung und eine mögliche starke Herabsetzung der Zölle. Sie fordert, daß sowohl die Verhandlungen zwischen den Industrien als auch der Wirkung von Kartellen unter die Kontrolle der Regierung und der Parliamente gestellt werden. Es soll verhindert werden, daß diese Kartelle eine für die Interessen der Konsumenten und Arbeiterklasse schädliche Monopolstellung erringen könnten. Auch die Konsumentierung gewisser Waren für die Eins und Ausfuhr soll einer ständigen Kontrolle der Regierung unterworfen werden, um ungesunde Produktionsbeschränkungen zu verhindern, die zu Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit führen könnten.

Erneute Streichung der Quittungssteuer

P. Paris, 2. März. (Eig. Funkdruck.) Die Finanzkommission der Kammer hat bei der Beratung der vom Senat am sie zurückgelangten Finanzvorlage die Befreiung der notwendigen Vorkaufnahmen auf 5525 Millionen Franc, wie sie der Senat beschlossen hatte, abgelehnt und beschlossen, an der ursprünglich festgesetzten Summe von 4510 Millionen Franc festzuhalten. Die Kommission hat ferner die Zahlungssteuer (Quittungssteuer) mit einem Satz von 12 Prozent mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Beschlüsse der Finanzkommission ergeben nur eine Gesamtsomme von 35 Milliarden Franc, das sind zwei Milliarden Franc weniger als die Regierung braucht.

Vor den Maurergeneralstreik in Paris

P. Paris, 1. März. (Eig. Draht.) Auf gemeinsamen Beschluß der verschiedenen Gewerkschaften über den französischen Baugewerbes haben die Maurer in Paris und Umgebung am Montag morgen die Arbeit niedergelegt und am Nachmittag zahlreiche Versammlungen abgehalten. Die Kundgebungen der Durchführung des Streikentages und der Aufhebung der Lohnen an die Leuzung. Das erste mal seit der Spaltung haben die kommunistischen, die autonomen und die sozialistischen Organisationen sich zu einem gemeinsamen Vorhaben geeinigt; die Arbeiter haben sich ihnen angeschlossen. Eine Entscheidung über den Eintritt in den Generalstreik wird bald gefällt werden.

Ein Blutbad unter den Streikenden

P. Paris, 2. März. (Eig. Funkdruck.) Bei den Zusammenstößen der Pariser Maurer ist es zu zahlreichen Verletzungen gekommen. In ganzen wurden 45 Polizeibeamte verwundet, darunter 6 schwer. Die Zahl der Verwunden unter den Streikenden beträgt über 100. Von den Verhaftungen wurden nur vier aufrechterhalten. Die Bauarbeitergewerkschaften haben beschlossen, die Arbeit am Dienstag wieder aufzunehmen.

Sozialpolitik im Reichstag

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Reichstag nahm am Montag noch einer Pause von acht Tagen seine Plenarverhandlungen wieder auf. An der Sitzung nimmt zum ersten Male wieder der von schwerer Krankheit genesene 76jährige Eduard Bernke teil. Auf der Tagesordnung stand die Weiterberatung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. In der Debatte kamen zahlreiche sozialpolitische und gewerkschaftliche Punkte der Fraktionen zum Wort. Zum Titel Internationales Arbeitsamt sprach zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete und Gewerkschaftsführer Grafmann.

Genosse Grafmann führte aus: Die Stellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zum Internationalen Arbeitsamt wird diktiert von dem Wunsch nach dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker. Das Internationale Arbeitsamt hat schon sehr nützliche Arbeit geleistet; es wird jedoch in seiner Tätigkeit dadurch gehindert, daß es keine Exekutivgewalt besitzt. Wir begrüßen es, daß der englische Premier sich für die Aufhebung der Völker in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen hat. Mitte dieses Monats wollen nun die Arbeitsminister der großen Industrieländer in London zusammenkommen. Wir hoffen, daß endlich

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

erfolgt. Wir bekauern außerordentlich, daß die deutsche Sprache bei dem Internationalen Arbeitsamt noch nicht als dritte Amtssprache zugelassen ist. Das Internationale Arbeitsamt ist und bisher schon zweifellos weit entgegengekommen, aber wir wünschen einen ständigen Einfluß deutschsprachiger und deutschlebender Beamten in dem Arbeitsamt. (Sehr richtig! bei den Gen.)

Es ist dem deutschen Ansehen allerdings nicht zuträglich, wenn wir unsere finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt nicht erfüllen. Wir wissen, daß wir infolge der Inflation verhindert waren, unsere Anteil zu zahlen, aber wir müssen das jetzt tun. (Sehr wahr! bei den Gen.) Der Redner wendet sich dann gegen eine vom Ausschuss angenommene Entscheidung, wonach bei den Vätern im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts die Minderheitsgruppen der Gewerkschaften (christlich, nationaler oder neutraler Richtung) angemessen berücksichtigt werden. Die freien Gewerkschaften stellen die maßgebende Gruppe der deutschen Arbeiterschaft dar. Ihr Vertreter im Verwaltungsrat hat bisher schon dafür gesorgt, daß auch die Minderheitsgruppen im Internationalen Arbeitsamt zur Geltung kommen. Ueberall dort, wo Spezialfragen zu behandeln und Maßnahmen beantragen waren, ist auf die Minderheitsgruppen Rücksicht genommen worden.

Der völksparteiartige Abg. Thiel erneuert die heilige Kritik am Internationalen Arbeitsamt, die er jedes Jahr vorzubringen pflegt, während auffälligerweise die Deutschnationalen diesmal mit ihrer Kritik am Internationalen Arbeitsamt zurückhielten. Den Gipfel leistete sich natürlich wieder der Kommunist, diesmal der Abg. Kadel, der behauptete, das Internationale Arbeitsamt sei nur ein Institut

zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Der Demokrat Schneider, Berlin, regte eine stärkere Berücksichtigung der Angestelltenfragen durch das Internationale Arbeitsamt an. Bei dem Titel Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erklärte

Genossin Sender, daß die Reichsverwaltung die Arbeiterschaft unter dem Schutz des Reiches gestellt habe, aber die Organisation des Arbeiterschutzes es bisher noch immer heißt unvollkommen durchgeführt werden. Das beweisen auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsämter. Bisher ist noch immer nicht erreicht worden, daß die Betriebe wenigstens einmal im Jahre revidiert werden. In einzelnen Ländern ist nur eine Revidierung der Betriebe revidiert worden. Von einer durchgreifenden Organisation der Gewerbeaufsicht kann nicht die Rede sein. Es wäre zu wünschen, daß die Berichte in einem Umfang auch über die Tätigkeit in den Handelsbetrieben Auskunft geben. Für den Schutz der Arbeiterschaft der Angestellten müßte eine besondere Stelle im Arbeitsministerium errichtet werden. Die Länderverordnungen haben die Notwendigkeit einer Erweiterung des Arbeitszeitgesetzes anerkannt. Warum wird nicht dem Reichstag eine entsprechende Vorlage unterbreitet? In verschiedenen Berichten wird festgestellt, daß nach der Einführung der neuen Arbeitszeitregelung eine erhebliche Steigerung der Unfälle eingetreten ist.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit

ist notwendig, um das Leben der Arbeiter zu schützen. Es sind wohl Arbeiterschutzvorrichtungen vorhanden, aber die Frage wird nicht beantwortet, ob sie auch benutzt und überwacht werden. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Arbeiterschutz und Arbeitschutz. Es müssen solche Bedingungen im Arbeitsrecht geschaffen werden, daß der Arbeiterschutz auch wirksam werden kann. In den Betrieben mit weniger als 10 Arbeitern einbehalten wir noch das Schutzgesetz der jugendlichen Arbeiter und der Frauen. Die Betriebsärzte sollten nicht nur zu den Revisionen hinzugezogen werden; ihnen müssen auch die Aufgaben aus den Berichten der Revisionsbeamten redigiert übergeben werden. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erkennen darüber an, wie fruchtbar die Mitarbeit der Arbeiterschaft ist. Trotzdem finden wir noch eine unerträgliche Erstreckung ihrer Arbeit durch die Unternehmer. Selbst bei Stellen, wo man das nicht erwarten sollte, wird die Tätigkeit der Arbeiterschaft sabotiert, so bei den Kraftfahrzeugwerkstätten in Spanbau. Wenn Reichsbetriebe mit jenem Verhalten der Privatindustrie vorangehen, kann man sich über die Sabotage der Arbeiterschaft nicht wundern. Ein besonders dankbar Kapitel ist der Arbeiterschutz in den Heim- und Kleinindustrien. Das Anhaltpersonal soll keine Regelung der Arbeitszeit in Anspruch nehmen, weil es mit dem heimischen Personal, das seinen Arbeitslohn hat, gleichgestellt wird. Wir finden infolgedessen in manchen Anhalten noch Arbeitszeiten von 80 bis 90 Stunden wöchentlich, bei überaus schwerer Arbeit. Solche Zustände sind unhaltbar, sowohl für das Anhaltpersonal selbst wie auch für die Kranken. Wir wünschen ferner

eine verstärkte Heranziehung der Arbeiter zu den Revisionen. Den aus der Arbeiterschaft herbeigekommenen Beamten der Gewerbeaufsicht ist entsprechend ihrer Befähigung der